

BERLINER ANSTÖR

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN

2 | 2025



Foto: gemeinfrei



Foto: DKP Berlin

„WIR HABEN SIE VOM FASCHISMUS BEFREIT – DAS WERDEN SIE UNS NIE VERZEIHEN“

Georgi Schukow, Marschall der Sowjetunion

Von Stefan Natke

In den vergangenen Jahren 2022-2024 gab es zu den Feierlichkeiten am 8. und 9. Mai in Berlin beispiellose Auflagen für das Gedenken an die Befreiung vom Faschismus. Die Symbole der Befreier durften nicht mehr gezeigt, ihre Lieder nicht mehr gespielt werden. Ein Land, das nicht in der Lage war, sich selbst von der faschistischen Gewaltherrschaft zu befreien, das ganz Europa in Schutt und Asche gelegt und insgesamt über 60 Millionen Tote provoziert hat, erdreistet sich heute seine Befreier herabzuwürdigen, zu demütigen und zu beleidigen. Die BRD, die es ohne die Befreier von 1945 überhaupt nicht gäbe, wird nicht nur der Anerkennung des Geschichtsverlaufs nicht gerecht, sondern sie ist dabei die Geschichte umzuschreiben. Dazu gehört auch, dass man beginnt, der Sowjetunion eine Mitschuld am 2. Weltkrieg zu geben, der, so Originalton der deutschen Naziregierung, „ein Vernichtungskrieg gegen die Untermenschen im Osten“ war, „um Lebensraum für die arische Rasse“ zu erobern.

Die nach dem verlorenen Krieg kurzzeitig aufkommende Bescheidenheit in Deutschland, aus der heraus noch bis vor 35 Jahren in der DDR eine ehrliche Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion gepflegt wurde, ist einer unerträglichen Arroganz und wiedererstarkten Russophobie gewichen, die viele Menschen der DDR nicht für möglich gehalten hätten. Da drängt sich die Frage auf, ob die deutsche Bevölkerung ein weiteres Mal in der Geschichte nicht in der Lage sein wird, den reaktionär-militaristischen Staatsumbau aufzuhalten und erneut in die Falle tappen wird, sich „kriegstüchtig“ machen zu lassen?

Der 80. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg sollte alle Menschen in der BRD zum Nachdenken bringen, darüber, wem der Frieden in Europa nach 1945 zu verdanken ist, und dass wir auf die Kriegspropaganda der Großkonzerne, die sich an der Auf-

rüstung eine goldene Nase verdienen, nicht wieder hereinfallen dürfen. Denn wieder wird gegen Russland getrommelt, und wieder wird „Kriegstüchtigkeit“ propagiert, und wieder sind es zunehmend Massen, die sich blenden und von einer Regierung täuschen lassen, deren Ziel es ist einen Stellvertreterkrieg aufrechtzuhalten, den kein Europäer braucht, auch der russische Europäer nicht. Doch die Trommeln gegen Russland rührt das deutsche Großkapital genauso wie damals, und die arbeitende Bevölkerung bezahlt die Kanonen und stellt die Soldaten, genauso wie damals.

Es ist höchste Zeit, dieser unsäglichen Politik der Russland-Hetze, die ihre ideologische Begründung daraus zieht, die Geschichte umzuschreiben und die repressiv gegen sozialistisch-antifaschistische

Erinnerungskultur vorgeht, entgegenzutreten. Den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ vom Hitlerfaschismus und auch den 9. Mai als „Tag des Sieges“ für die Völker, die einst die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bil-

deten, würdig zu begehen, ist eine Geste des Respekts. Wir dürfen uns nicht verbieten lassen, der Millionen Zivilopfer und gefallenen Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee feierlich zu gedenken. Dazu gehört auch - zum Zeichen der Dankbarkeit - die Symbole der Befreier zu zeigen.

Gegen die gesetzwidrigen Auflagen und Verbote der vergangenen Jahre hat die DKP eine Fortsetzungs-Feststellungsklage vor dem Verwaltungsgericht eingereicht, mit der nachgewiesen werden soll, dass die Auflagen der Berliner Polizei nicht legal waren, und dass das willkürliche Handeln der Polizeibeamten, indem sie Menschen die Zeitungen, Anstecknadeln und Fahnen wegnahmen, weil darauf Hammer und Sichel zu sehen war, als unzulässig einzustufen ist. Genauso unrecht-

mäßig erscheint das Verbot sowjetischer, antifaschistischer Friedenslieder, wie z.B. „Der Heilige Krieg“ oder „Tag des Sieges“ (russisch: День Победы), die nur deshalb entstanden sind, weil es überhaupt erst zu diesem fürchterlichen, vom deutschen Reich aus angezettelten Vernichtungskrieg kam.

Bisher gab es zu dieser Klage noch keine Verhandlung und kein Urteil. Der Verdacht liegt nahe, dass die Justiz die Sache hinreichend verzögern will, um der Berliner Polizei zu ermöglichen, auch gleich im Folgejahr, zum 80. Jahrestag der Befreiung, die Auflagen und Einschränkungen nochmals anzuwenden. In maßloser Überschreitung seiner Kompetenzen hat sich in diesem Jahr sogar das Auswärtige Amt eingemischt, indem es davor warnte, russische und belarussische Diplomaten zu den „Gedenkfeiern zum Kriegsende“ (wie sie es nennen) einzuladen. Das Außenamt gab eine Handreichung heraus, in der laut „Berliner Zeitung“ Landkreisen und Kommunen sogar empfohlen wird, notfalls ungebetene Gäste wieder wegzuschicken. Die Veranstalter könnten dabei von ihrem Hausrecht Gebrauch machen, was aus Kreisen der Brandenburgischen Landesregierung bestätigt wurde.

Neben der Anstiftung zu anmaßendem Verhalten belegt diese Handreichung nur die Unkenntnis deutschen Versammlungsrechts. Denn solange es sich um eine öffentliche Versammlung handelt, gilt der Grundsatz des Versammlungsrechts, dass niemand von der Versammlung ausgeschlossen werden darf, außer wenn bereits bei der Bekanntgabe der Versammlung erklärt wird, welche Personen nicht erwünscht sind. Dafür genügt es aber nicht, bestimmte Personen formell nicht einzuladen. Jede Einladung muss mit einem entsprechenden Hinweis versehen werden, der in diesem Falle heißen müsste „Russen unerwünscht“, was aufgrund der deutlichen historischen Assoziationen der ultimative Affront wäre. Gegen alle Repression und wachsende Geschichtsklitterung: Ruhm und Ehre Euch Sowjetsoldaten!

KOMMENTAR

Liebe Leserin, lieber Leser,

Mit dem Krieg in der Ukraine spitzt sich die Lage für uns alle im Land zu. Die täglichen Herausforderungen zeigen, dass es so nicht weitergehen kann. Eine Entscheidung zum Widerstand drängt sich auf, denn der Kurs der herrschenden Klasse verheißt nichts Gutes.

Das kapitalistische System gerät aus den Fugen, und seiner Logik verhaftet, fällt seinen Vertretern nichts anderes ein als Krieg, Eroberung und die Neuaufteilung der Welt. Sie leben in ihrer eigenen Blase, sind dem Volk entrückt. Die westlichen Regierungen scheinen sogar völlig verrückt geworden zu sein, wenn sie die Realität der NATO-Osterweiterung und die dadurch entstandene Bedrohungslage für Russland ignorieren oder wenn sie nicht sehen wollen, dass mit den Bandera-Anhängern faschistische Kräfte hinter Selenskyj stehen. In Zusammenarbeit mit den Medien wird alles ausgeblendet, was nicht ins Bild passt.

Entweder will man die eigene Bevölkerung für dumm verkaufen oder die deutsche Regierung ist in einer Art Zeitschleife gefangen: Für sie geht der Kalte Krieg weiter, und bis 2029 will sie „kriegsbereit“ sein: Gegen Russland, den seit über 100 Jahren begehrten Brocken. Mit Hyperschallwaffen meint sie tatsächlich, einen Krieg durch eine schnelle Enthauptung gewinnen zu können, um das Land dann zu zerstücken, damit ihre Auftraggeber die Rohstoffe ausbeuten und ihr überschüssiges Kapital zur Profitmaximierung hineinpumpen können. Die Bevölkerung soll die Kosten für die Kriegsvorbereitung tragen – nicht nur finanziell: Mit der Wiedereinführung der Pflicht zum Wehrdienst ist auch für das Kanonenfutter gesorgt. Die Konflikte spitzen sich soweit zu, dass die Menschen in ihren persönlichen Lebensumständen zunehmend in einen Widerspruch zur Politik der herrschenden Klasse geraten. Was also tun?

Man kann die Gefahr eines neuen Krieges bannen, wenn man denen, die ihn in aller Öffentlichkeit vorbereiten, die „Hände zerschlägt“ (B. Brecht), wenn man die eigentliche Ursache bekämpft, d.h. die Macht des Kapitals bricht und stattdessen ein System errichtet, in dem die Interessen der arbeitenden Menschen immer an erster Stelle stehen. So haben wir Kommunisten uns entschieden, und das fühlt sich richtig an.

Wenn Ihr, liebe Leserinnen und Leser, Euch ebenso gegen die Kriegspläne der Regierung entscheidet, dann seid Ihr bei der DKP herzlich willkommen. Nehmt Kontakt zu einer unserer Gruppen auf (s. S.4) und organisiert Euch!

Mitglied des Sprecherrats, Siegfried Alt

ANZEIGE

BEFREIUNG!



Hoodie „Tag der Befreiung“

schwarz, Motiv rot, gold | Größen XS – 4XL

29,90 €

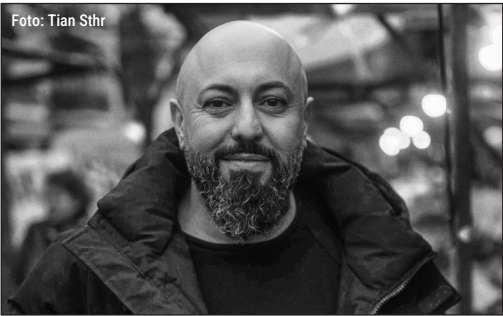
(Auch als T-Shirt erhältlich: 19,90 €)

uzshop.de

Verschwiegen,
verharmlost,
vertuscht?

Im Mai 2022 wurde – nach erheblichem Druck von Betroffenen und der demokratischen Öffentlichkeit – endlich ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses zur Aufklärung der Neonazi-Anschlagserie in Neukölln eingesetzt. Dieser Ausschuss soll am 20. Juni 2025 seine Beweisaufnahme beenden und anschließend dem Plenum des Landesparlaments einen abschließenden Bericht übermitteln.

Worum geht es bei dem „Neukölln-Komplex“? Wir reden hier über schwerste neonazistische Straftaten, Bedrohungen und Angriffe bis hin zu 23 schweren, zum Teil lebensgefährlichen Brandanschlägen gegen Menschen, die sich gegen Rassismus und Faschismus engagieren. Dazu gehörte das Anfertigen von sogenannten Feindeslisten mit über 1.000 Adressen. Die Serie gipfelte in den als rassistisch und faschistisch einzustufenden Morden an Burak Bektaş und Luke Holland.



Ferat Koçak, MdB - Mitglied des Ausschusses

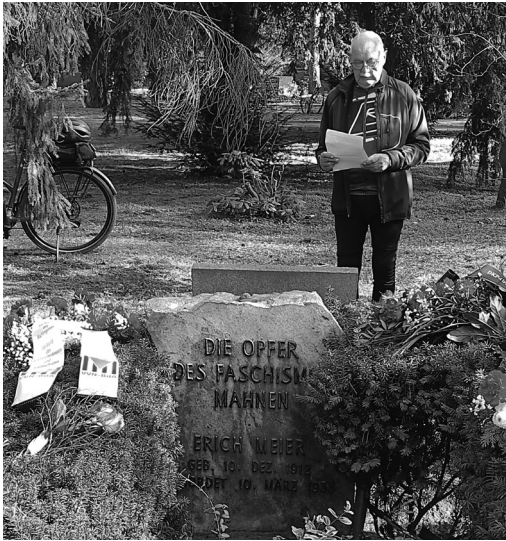
Im Fokus der Betroffenen standen Berliner Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, die bereits bei der Untersuchung der terroristischen Nazi-Bande NSU („Nationalsozialistischer Untergrund“ bis 2011) eine zwielfältige Rolle gespielt hatten, z.B. durch das Schreddern von Akten oder mit bezahlten V-Leuten (zu deutsch „Spitzel“). Bei den Aussagen von Betroffenen der Anschläge und von Expert*innen wurde klar, wie oberflächlich die Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelten.

Doch von Selbstkritik der Institutionen keine Spur, was sich die Abgeordneten gefallen ließen. Dennoch wurden im Rahmen des Ausschusses durchaus Fakten bekannt, die die Öffentlichkeit sonst nie erfahren hätte. Beispielsweise sagte ein Leiter der Ermittlungsgruppe „RESIN“, er denke, dass den Neonazis geplante Observationen aus Polizeikreisen durchgestochen wurden. Über den Ermittler Alexander Hübner im Mordfall B. Bektaş wurde bekannt, dass er 364 Fälle von rechtsextremen Straftaten einfach liegen gelassen hatte.

Die Forderung ist klar: Kein Schlussstrich – die Untersuchungen müssen weitergehen!

Gruppe Neukölln in Zusammenarbeit mit Georg Kreuzer (VVN-VdA)

Ein Held aus Spandau



Auch in diesem Jahr hatte die Gruppe Spandau der VVN-BdA zur Ehrung des am 8. März 1933 von den Faschisten ermordeten Jungkommunisten Erich Meier aufgerufen. Wie schon in den Jahren zuvor war die DKP-Spandau ebenso eingeladen.

Dem Aufruf folgend fanden abermals mehr als 40 Personen den Weg zum Ehrengrab von Erich Meier auf dem Spandauer Friedhof „In den Kisseln“. Der junge Arbeiter



Fotos: DKP Berlin

Erich Meier war zunächst Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend, wechselte dann aber zum Kommunistischen Jugendverband, weil die SPD damals im Reichstag verschiedenen Rüstungsvorhaben zugestimmt hatte, und trat schließlich der KPD bei.

Er galt als hervorragender Organisator und Agitator. Insbesondere durch die hauptsächlich von ihm organisierte, erfolgreiche Störung einer Großveranstaltung der NSDAP,

mit dem Gauleiter Joseph Goebbels, wurde er über die Grenzen Spandaus bekannt.

Jedoch nicht nur das haben ihm die Faschisten nicht verziehen: Noch bevor er aus Deutschland fliehen konnte, machten sie ihn ausfindig, jagten und erschlugen ihn auf bestialische Weise, ehe sie sich seiner Leiche auf der Karolinenhöhe entledigten.

Mit einigen kurzen Ansprachen, u.a. des Vorsitzenden der DKP Spandau, dem Gesang der „Internationale“ und Trompetenbegleitung erhielt die Ehrung einen ihr würdigen Charakter. Im Anschluß der Gedenkveranstaltung gab es noch ein gemeinsames Beisammensein im Jugendclubhaus Westerwaldstraße, bei dem sich die Spandauer Genossen der DKP und der VVN-BdA über die aktuelle sozialdemokratische Beteiligung am Krieg und die Aufrüstungspläne austauschen konnten.

Die nächste Aktion der DKP-Gruppe Spandau ist schon in Vorbereitung: Wie jedes Jahr zum 8. Mai, der nicht nur das Ende des II. Weltkrieges, sondern auch den Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der faschistischen Gewaltherrschaft markiert, wird eine kleine „Befreiungsfeier“ am Ehrenmal für die gefallenen Soldaten der Roten Armee in Spandau Staaken stattfinden.

Gruppe Spandau

Freundschaft statt Vergeltung

Mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands endete am 8. Mai 1945 der grauenvollste Vernichtungskrieg der Weltgeschichte. Trotz des unermesslichen Leids, das ihr durch die deutsche Armee angetan wurde, verzichtete die Sowjetunion auf Vergeltung und reichte dem deutschen Volk die Hand der Freundschaft.

Ein Beispiel für diese freundschaftliche Verbundenheit ist das Wirken von Nikolaj Erastowitsch Bersarin. Am 28. April wurde er zum sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin ernannt und richtete in der Straße Alt-Friedrichsfelde 1 die erste Stadtkommandantur ein. Umgehend wurde die Versorgung von Lebensmitteln sichergestellt, die Infrastruktur instandgesetzt und Krankenhäuser in Betrieb genommen.

Dank der organisatorischen Fähigkeiten wurde die Stadt Berlin rasch wiederbelebt. Bersarin rettete den Berlinern ein zweites Mal das Leben. Als Bewunderer von Kunst und Kultur förderte er auch die Wiedereröffnung von Konzerten, Kino und Theater.

Zusammen mit den Trümmern räumten die Berliner auch mit den von der Nazi-propaganda geschaffenen Vorurteilen auf und lernten die Russen zu schätzen. Nachkom-



Foto: gemeinfrei

mende Generationen genossen den sich rege einstellenden Briefwechsel. Diese „verbriefte“ russisch-deutsche Freundschaft wurde mit den begehrten Touristenzügen in Städte wie Leningrad ausgeweitet und vertieft. Nicht wenige DDR-Bürger studierten in der Sowjetunion. Manche verliebten sich sogar. So verwandelten sich in diesem Teil Deutschlands die ursprünglich vorhandenen Ressentiments in ein Gefühl der Verbundenheit.

An das Wirken von Bersarin wird heute noch erinnert: Die Wuhle-Brücke erhielt am 21. April 2005 den Namen Bersarin-Brücke. Dort, wo heute die Landsberger Allee die Wuhle kreuzt, hatten die ersten sowjetischen Soldaten der von Nikolaj E. Bersarin geführten 5. Stoßarmee bereits am 21. April die Berliner Stadtgrenze überquert.

Gruppe Lichtenberg-Marzahn-Hellersdorf

Vernissage der Künstlergruppe Tendenzen Berlin

zur Ausstellung:
Trotz alledem

**31.Mai 2025
15.00 Uhr**

Naturfreunde
**Paretzer Str. 7
10713 Berlin**

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Buchenwald
Ulrich Schneider

Ulrich Schneider
BUCHENWALD. Ein Konzentrationslager

NS-Terror, ›Vernichtung durch Arbeit‹, auf Kriegsproduktion geeicht: Trotz allem steht das KZ Buchenwald auch für organisierten Widerstand samt Selbstbefreiung des Lagers, flankiert von den herannahenden alliierten Truppen. Der ›Schwur von Buchenwald‹, mit dem die Häftlinge die ›Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln‹ gelobten, bleibt bis heute Vermächtnis.

Basiswissen | ISBN 978-3-89438-845-4 | 142 Seiten | € 12,00

Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker
GESCHICHTE DER NSDAP
1920 bis 1945

In diesem neu aufgelegten Klassiker der Faschismusforschung decken Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker das Verhältnis der Eliten aus Wirtschaft, Militär und Staat zu Hitler und seiner Partei auf. Zugleich gehen sie der Rolle der Millionen Deutschen nach, ohne deren Zutun Faschismus, Krieg und Völkermord nicht möglich gewesen wären.

ISBN 978-3-89438-854-6 | 570 Seiten, mit s/w-Abb. | € 32,00

Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker
Geschichte der NSDAP
1920 bis 1945

XVI. KONFERENZ

»DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND!«

29. MAI BIS 1. JUNI 2025
**MEHRINGHOF · GNEISENAUSTR. 2A
10961 BERLIN**

SCHWERPUNKTTHEMA: Des Kapitals letzter Retter – Faschismus, sein letzter Ausweg – Krieg

ES REFERIEREN UND DISKUTIEREN:
Jörg Kronauer, Jürgen Lloyd, Rolf Fürst, Heinz Ahlreip, Peter Strathmann, Hedwig Krimmer, Gretl Aden, Ekkehard Lieberam, Ringo Ehler, Vertreter von SDAJ und FDJ

gegen-den-hauptfeind.de
Veranstalter: Internet
Plattform secarts.org

FESTIVAL DER JUGEND

ZEIT FÜR WIDERSTAND!

6.-9. JUNI 2025

Volkspark Batenbrock in Bottrop

www.festivalderjugend.de



Foto: DKP Berlin

Automobil zu kriegsmobil

Die warmen Tage im Humboldthain genießen – kein Gedanke dabei an Krieg, Militär und Raketen. Doch der Park mit Sommerbad und Kletterturm liegt direkt neben einem neuen Rüstungsbetrieb. Das Unternehmen Pierburg fertigte bislang, wie auch das Stammwerk in Neuss, Teile für die Automobilindustrie. Monatelang war nicht klar, was künftig dort hergestellt werden soll. Jetzt steht fest: Der Standort wird Zulieferdienste für militärische Produkte der Konzernmutter Rheinmetall übernehmen. Mit direkt an das Werksgelände angrenzenden Spielplätzen und einer Grundschule wäre der gesamte umliegende Kiez eine begründete Zielscheibe, wenn es aus militärstrategischer Sicht darum geht, Rüstungsproduktionsstandorte zu eliminieren.

Das Geschäft mit dem Krieg ist für Pierburg nicht neu: Bereits während des Hitler-Faschismus

erhielt das Werk Rüstungsaufträge und war so bedeutend, dass einer seiner Gründer zum Wehrwirtschaftsführer im besetzten Frankreich ernannt wurde. Zwangsarbeiter bekam Pierburg für diese Zwecke auch gestellt.

Widerspruch oder Auflehnung ist von Gewerkschaftsseite leider nicht zu erwarten. Im Gegenteil, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall, Jan Otto, ist überzeugt: „Wenn der Scheiß eh produziert werden muss, dann soll auch der Industriestandort Berlin profitieren“. Fraglich ist, ob die 400 Arbeitsplätze in Berlin wirklich nur mit Wehraufträgen zu sichern sind und wie viele Tote andernorts durch diese Arbeitsstellen verantwortet werden.

Damit wird auch in Berlin wieder für das Militär produziert. Weitere Rüstungsunternehmen für Aufklärungs- und Kampfdrohnen, für autonome Panzer und militärische Telekommunikation

haben bereits ihre Repräsentanzen eröffnet und warten nur auf die Milliarden, die bald flüssig gemacht werden sollen.

Glücklicherweise regt sich im Wedding Widerstand. Über ein Dutzend Organisationen, darunter gewerkschaftliche Friedensinitiativen, planen mit Demonstrationen und Protestaktionen die ansässige Bevölkerung über die Rüstungsproduktion im Wedding aufzuklären.

Die DKP fordert die Rücknahme aller bewilligten Kriegskredite und keine weiteren Ausgaben für Rüstung, Munition und Militärlogistik. Stattdessen muss die BRD abrüsten und sich für Verhandlungslösungen in internationalen Konflikten einsetzen. Rüstungsbetriebe sollen auf zivile Produktion umstellen - friedensstüchtig statt kriegstüchtig machen!

Gruppe Wedding

alles tue und dass sie (SPD) nun wirklich daran arbeiten wolle. Die Skepsis der Beschäftigten gegenüber politischen Versprechen ist groß. Diese äußert sich auch darin, dass die Gewerkschaft ver.di sehr starken Zulauf erhält, insbesondere die Betriebsgruppe der CFM. Der Zusammenhalt unter den Krankenhausbeschäftigten ist ebenfalls gewachsen: Ob Hebamme, Pflegekraft, Arzt oder Hausmeister – sie alle sind sich einig, dass eine funktionierende Gesundheitsversorgung nur gemeinsam gewährleistet werden kann.

Während die Beschäftigten des TVöD vor einem schlechten Schlichtungsvorschlag stehen, geht die CFM in den Erzwingungsstreik, was eine enorme finanzielle Belastung für die ohnehin schlecht Bezahlten bedeutet. Daher sind die Streikenden auf mehr Unterstützung angewiesen: Spendet für die Streikkasse unter „https://gofund.me/f732ed91“.

Gruppe Betriebsaktiv Gesundheit

Gemeinsam für einen gesunden Lohn

Im Vorfeld der dritten Verhandlungsrunde zum Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes kam es am 6. und 7. März 2025 bundesweit zu Streiks im Gesundheitsbereich. In Berlin beteiligten sich etwa 1.500 Streikende aus Charité, Vivantes und dem Jüdischen Krankenhaus an einer Demonstration vom Virchow-Klinikum zur Landesgeschäftsstelle der Berliner SPD. Auch am Streiktag der Auszubildenden zuvor hatten rund 900 junge Beschäftigte in Berlin teilgenommen.

Die Forderungen der Beschäftigten sind klar: 8 Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 350 Euro monatlich, 200 Euro mehr für Auszubildende sowie deren unbefristete Übernahme nach der Ausbildung. Zudem fordern sie drei

zusätzliche freie Arbeitstage sowie eine bezahlte Pause für Wechselschichtbeschäftigte im Krankenhaus.

Erstmals waren zeitgleich auch die ausgegliederten Beschäftigten des Charité Facility Managements (CFM) im Streik. Seit ihrer Ausgliederung vor 20 Jahren verdienen die rund 3.000 CFM-Beschäftigten bis zu 1.000 Euro weniger als ihre Kollegen und Kolleginnen des öffentlichen Dienstes mit Tarifvertrag (TVöD). Obwohl die Wiedereingliederung des CFM bereits zweimal im Koalitionsvertrag eines Berliner Senats festgeschrieben wurde, hat die SPD dieses Versprechen bisher nicht eingelöst. Auf der Streikkundgebung kam nur ein Lippenbekenntnis des SPD-Vertreters, wie leid ihm das

Arbeitskampf bei Stadler

Wenn ein Betrieb, der Eisenbahn- und U-Bahnwaggons baut, dessen Auftragsbücher mit öffentlichen Aufträgen so voll sind, dass er mit der Lieferung seiner Wagen nicht hinterherkommt, dennoch in eine wirtschaftliche Schieflage gerät, dann ist das nur im Kapitalismus möglich.

Im ehemaligen Volkseigenem Betrieb (VEB) Bergmann-Borsig in Pankow, der seit 1995 Stadler heißt, brennt die Luft. Die Belegschaft ist sauer und hat dies mit einer weiteren Protestaktion am 9. April deutlich gemacht. Stadler drohte den 1700 Beschäftigten mit Standortschließung. Der Konzern stehe wirtschaftlich unter Druck, so Geschäftsführer Jure Mikošević, und leide unter „dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und den daraus resultierenden Preissteigerungen für Energie und Rohmaterial.“

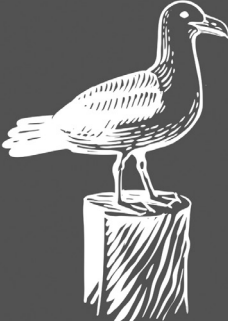
Immerhin wird erkannt, dass das Ganze etwas mit Krieg zu tun hat. Durch die Umkehrung von Ursache und Wirkung wird jedoch der Eindruck vermittelt, dass Russland an dieser wirtschaftlichen Misere schuld sei. Dabei war es nicht die Russische Föderation, die die NATO eingekreist hat, sondern umgekehrt. Aber es war die Regierung der BRD, die den Gashahn der russischen Versorgung zugedreht hat und Nord Stream 1+2 von ihren Freunden sprengen ließ. Auch die Druschba-Trasse, die uns zuverlässig mit Öl aus Russland versorgte, wurde von Habeck, nicht von Putin geschlossen.

Durch die zunächst angedrohte Schließung von Stadler wurde bei der Belegschaft gezielt Existenzangst geweckt, die sie gefügig machen soll. Denn der Standort könnte doch erhalten werden, wenn die Belegschaft nur entsprechende Opfer brächte, indem sie z.B. längere Arbeitszeiten akzeptiert. Stadler müsse sparen, erklärt die Unternehmenssprecherin Julia Bülow und dass für die Sparmaßnahmen auch ein „Arbeitnehmeranteil“ gebraucht werde, schließlich habe die Inflation zu höheren Gehältern geführt.

Die Kanonen-statt-Butter-Politik der Regierung, bei der Hunderte Mrd. Euro für die Kriegstüchtigkeit verpulvert werden, führt zu einer Inflation, die die Kaufkraft der Gehälter der Arbeiterklasse auffrisst. Wird dann mit gewerkschaftlich erkämpften Tarifabschlüssen ein leichter Inflationsausgleich erreicht, soll dieser durch Erpressung von Zugeständnissen wieder rückgängig gemacht werden. Und genau deswegen sagen wir als DKP:

Das gibt es nur im Kapitalismus!

Gruppe Pankow



URLAUB IM LOTSENHAUS AN DER OSTSEE
(14 KM VON STRALSUND)

3 KOMFORTABLE FE.-WO. ERICH & MICHAELA BARTELS

TEL: +4915234201059
WWW.FERIEN-IM-LOTSENHAUS.DE



KAZ
KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

KAZ AUSGABE 391, mit folgenden Themen: „DANK EUCH IHR SOWJET-SOLDATEN“; ÜBERGANG ZUR KRIEGSWIRTSCHAFT?

Erscheint vierteljährlich:
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro

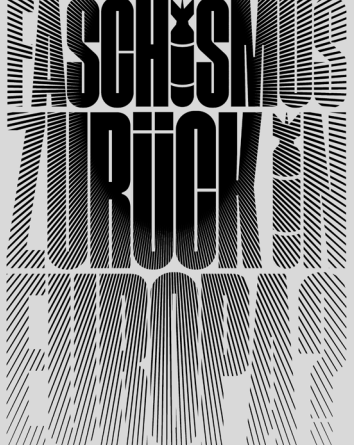
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 21 04 46
90122 Nürnberg
Tel./Fax: 0911 / 356 913
email: gruppeKAZ@kaz-online.de
www.kaz-online.de

MEINUNGSFREIHEIT WIRD AM KIOSK VERTEIDIGT



Kauf am Kiosk! junge Welt
Montag bis Freitag 2,30 € • Samstag 2,90 €

FASCHISMUS ZURÜCK!



INTERNATIONALE MARXISTISCHE KONFERENZ
20. - 22. JUNI 2025
FRANZ-MEHRING-PLATZ 1, 10243 BERLIN



ZETKIN FORUM
FOR SOCIAL RESEARCH



tricontinental



TICKETS UNTER: ZETKIN.FORUM/FASCHISMUS/

„Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg... Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg... Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen...“

Karl Liebknecht zur Ablehnung der Kriegskredite am 2. Dezember 1914

Liebe Genossinnen und Genossen der Partei „die Linke“ Treptow-Köpenick,

Mit tausenden Haustürgesprächen, Verteilaktionen und Infoständen habt ihr den Wahlkampf ordentlich aufgemischt. Bis zur letzten Minute habt ihr für das überraschend gute Ergebnis gearbeitet, seid wieder in den Bundestag eingezogen und sogar stärkste Kraft in Berlin geworden. Dazu möchten wir euch gratulieren!

Als einzige Partei habt ihr die soziale Frage im Wahlkampf konsequent gestellt. Der Fokus auf Themen wie steigende Mieten und Lebenshaltungskosten hat euch viele Stimmen eingebracht. Angesichts der andauernden Abwälzung der Krisenkosten auf die Arbeitenden, Kürzungen in öffentlichen Haushalten und einer maroden

öffentlichen Daseinsfürsorge, trefft ihr damit die Lebensrealität vieler Menschen in Berlin und unserem Bezirk.

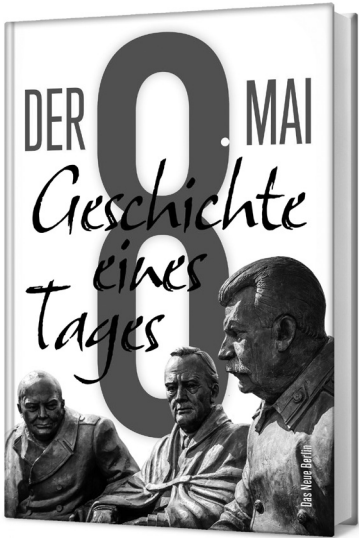
Doch ihr habt es verpasst die beispiellose Aufrüstung des deutschen Imperialismus als eine der Ursachen für die sich verschlechternde soziale Lage der Arbeitenden zu benennen. Damit wurde die Friedensfrage im Wahlkampf oft ausgeblendet und der Zusammenhang zwischen der sozialen Frage und der Aufrüstung verschleiert. Während alle bürgerlichen Parteien von SPD bis AfD darin einig sind, dass der deutsche Imperialismus wieder kriegsfähig werden muss, braucht es eine starke Stimme für den Frieden im Parlament.

Doch der Frieden wird nicht im Bundestag erkämpft! Viele Genossinnen und Genossen der Linken geben alles, um sich gegen die Kriegsvorbereitungen zu stemmen. Auf der Straße, im Betrieb und im Privaten werden sie nicht müde für den Frieden einzustehen. Sie sammeln Unterschriften für den Berliner Appell, organisieren Aktionen und gehen Bündnisse ein.

Lasst euch nicht weiter in dieser Frage spalten und uns gemeinsam eine breite Friedensbewegung aufbauen. Wir rufen euch auf, die Friedenskräfte in der Linken zu stärken und den Berliner Appell zu unterstützen. Wehrt euch mit ganzer Kraft gegen die Kriegsvorbereitung und den Militarismus des deutschen Imperialismus! Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Ein offener Brief der Gruppe Treptow-Köpenick

Buchempfehlungen zum Tag der Befreiung



Alexander Rahr - „Der 8. Mai: Geschichte eines Tages“

Vor 80 Jahren endete eines der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte. In Berlin Karlshorst unterzeichnete die Generalität Hitlerdeutschlands am 08. Mai 1945 ihre bedingungslose Kapitulation. Doch was geschah vor, während und nach diesem Tag? Alexander Rahrs Buch lässt Zeitzeugen diese wichtige Epoche beschreiben. Von den großen Staatsführern Stalin, Churchill, Eisenhower über Marschall Schukow, Supreme Commander Eisenhower, Generalfeldmarschall Keitel bis hin zu Rotarmisten und einfachen Berlinern, die die Befreiung miterlebten. Das Buch ist reich an authentischen Dokumenten,

kostbaren Berichten und Eindrücken, die zeigen, warum dieser Tag einen Meilenstein der Menschheit ist.

„Die unberührte Darstellung der Ereignisse dieses historischen Moments bereichert und erfrischt die Erinnerung und das Gedenken an die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und hilft uns, dabei diese wichtige Zeit nicht zu vergessen.“ – Emil Hermann, 08.05.2024

Alexander Rahr (Hrsg.),
Der 8. Mai: Geschichte eines Tages, 2020:
Das Neue Berlin, 224 S. inkl. Illus., 22,- €, ISBN 978-3-360-01358-3

Frank Schumann - „Denkmale der Befreiung“

Mit 25 Millionen Toten zahlte die Sowjetunion den größten Preis zur Befreiung der Welt vom Deutschen Faschismus. In der Bundesrepublik existieren 3400 Grabmale und hunderte Ehrenmale, die an die gefallenen Rotarmisten erinnern. Allein in Brandenburg und Berlin liegen hunderte Soldatenfriedhöfe – darunter das größte Ehrenmal außerhalb der Sowjetunion im Berliner Treptower Park. Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung Europas vom Faschismus veröffentlicht, liefert Frank Schumann mit dem Bildband ein wichtiges historisches Werk in Deutsch und Russisch. Die Abbildungen weiterer Gedenkstätten wie der

in Seelow, Rostock oder Leipzig von Fritz Schumann zeigen, dass die Erinnerung an die aufopferungsvollen Heldentaten besonders in Ostdeutschland fest im Bewusstsein verankert ist.

Die Vorworte des russischen Botschafters Sergej J. Netschajew und des ehemaligen Brandenburger Ministerpräsidenten, Matthias Platzeck, mahnen, die Erinnerungen an die sowjetischen Soldaten zu erhalten und zu schützen.

Frank Schumann,
Denkmale der Befreiung: Spuren der Roten Armee in Deutschland, 2020:
Neues Leben, 255 S. inkl. Abb., 32,- €, ISBN 978-3-355-01890-6



Beitrag für ein Rotes Berlin

Seit nunmehr sechs Jahren erscheint der Berliner Anstoß in neuer Gestalt, mit größerem Format und erhöhter Auflage. Sechs Jahre unversöhnliche kommunistische Kritik an den herrschenden Zuständen: gegen Krieg und Kürzungspolitik. Und wir haben nicht vor damit auf-

zuhören, sondern werden weiter an den hiesigen Verhältnissen kräftig rütteln. Der Berliner Anstoß erscheint vier Mal im Jahr und bleibt kostenlos. Wir finanzieren die Herausgabe ausschließlich über Anzeigen und Spenden. Wir danken an dieser Stelle allen Spendegebern/-innen, durch deren Beitrag die bisherigen Ausgaben des Berliner Anstoß er-

scheinen konnten. Damit diese Zeitung auch in Zukunft als wichtige linke Stimme unserer Stadt erhalten bleibt, brauchen wir weiterhin Ihre Unterstützung! Mit einer Spende auf das Berliner Landeskonto unter dem Stichwort „Anstoß“ ist dies möglich/ würden Sie uns weiterhelfen.

- die Redaktion

DKP BERLIN GRUPPENTERMINE

Betriebsaktiv Gesundheit

Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Friedrichshain/Kreuzberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat
Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Cafe Commune, Reichenberger Straße 157, 10999 Berlin
Kontakt: fhkb@dkp.berlin

Lichtenberg/ Marzahn-Hellersdorf

Termin: Jeden ersten und dritten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Neukölln

Termin: Jeden ersten Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

Pankow

Termin: jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 19:00 Uhr
Kontakt: dkp-pankow@berlin.de

Spandau

Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Lynarstr. 9, 13585 Berlin
Kontakt: dkp-spandau@gmx.de

Tempelhof-Schöneberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Leydicke, Mansteinstraße 4, 10783 Berlin

Treptow-Köpenick

Termin: Jeden letzten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Kontakt: treptow-koepenick@dkp-berlin.info

Wedding

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff Malplaquetstraße 12 13347 Berlin
Kontakt: info@dkp-wedding.de

DIESES PROJEKT WIRD ÜBER SPENDEN FINANZIERT:

Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das Konto der DKP Berlin:

Berliner Sparkasse

IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
BIC: BELADEBE
Verwendungszweck: Anstoß

Der **Berliner Anstoß** erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion:
Toni Püschel (V.i.S.d.P.),
Tim Meier, Stefan Natke

Layout:
Laurentiu Dragota

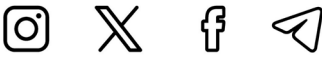
Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag:
DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1,
Büro 551/552, 10243 Berlin
Öffnungszeiten: Freitag,
15:00 bis 18:00 Uhr

CommPress Verlag GmbH;
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe:
15 000 im Raum Berlin

Druck:
Union Druckerei Berlin
Verwaltung GmbH

DKP Berlin auf Social Media:



www.dkp-berlin.info

Mail: anstoss@dkp.berlin